

Keine Bundeswehr an Schulen – Nein zur Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Schulbehörde!

Antragsteller\*in: Maximilian Alsen (KV Hamburg-Eimsbüttel), Fernando Thomsen Canales (KV Hamburg-Altona)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Inhaltliche Anträge

## Antragstext

- 1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg möge beschließen:
- 2 1. Die GRÜNE JUGEND Hamburg lehnt die Kooperationsvereinbarung zu
- 3 Bildungsangeboten von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Bildungseinrichtungen
- 4 der Freien und Hansestadt Hamburg ab und fordert ihre sofortige Aufkündigung.
- 5 2. Die GRÜNE JUGEND Hamburg bekräftigt ihre Position, dass Schulen und weitere
- 6 Bildungseinrichtungen zivile Orte sind, an denen die Bundeswehr keinen Platz
- 7 hat.

## Begründung

Am 16.04.2026 unterzeichnete die Hamburger Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung (BSFB) die Kooperationsvereinbarung. Als Begründung seitens der Behörde wird angegeben, dass diese Vereinbarung angesichts der aktuellen Weltlage eine Möglichkeit zur sicherheitspolitischen Bildung darstellt, indem Jugendoffizier\*innen im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) strukturiert Bildungsangebote an Bildungseinrichtungen und insbesondere Schulen in Hamburg durchführen sollen. Die Bildungsarbeit der Jugendoffizier\*innen soll laut Kooperationsvereinbarung gemäß des Beutelsbacher Konsenses und nur auf Einladung der Bildungseinrichtungen erfolgen.

Vor diesem Hintergrund bleibt offen, inwieweit die Bildungsangebote neutral und differenziert erfolgen können. Denn als Akteure des BMVg sind die Jugendoffizier\*innen trotz ihrer Verpflichtung zu einem pluralistischen und unabhängigen Ansatz von den Strukturen und Denkweisen des BMVg geprägt. Diese entsprechen wegen der Funktion des BMVg deutschnationalen Interessen und einem eurozentristischen Weltbild. Insbesondere die aktuelle Politik der Bundesregierung, eine Politik der Aufrüstung und Investitionen in die Kriegstüchtigkeit, bestärkt dies.

Deswegen ist nicht auszuschließen, dass während der Bildungsangebote diese Interessen und Denkweisen unschwellig und/oder unbewusst trotz sonstiger Verpflichtungen von den Jugendoffizier\*innen reproduziert werden.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Kooperationsvereinbarung ab. Jugendoffizier\*innen sind Teil der Exekutive und damit keine neutralen Beobachter, sondern Vertreter\*innen einer staatlichen Institution mit klar definiertem Auftrag. Eine wirklich differenzierte Auseinandersetzung mit Friedens- und Sicherheitspolitik wird verunmöglicht, wenn eine Konfliktpartei selbst als Bildungsträger auftritt. Anstatt multiperspektivischer Ansätze droht eine einseitige Darstellung staatlicher Machtinteressen.

Infolge dieser institutionellen Rolle vermitteln die Bildungsangebote der Bundeswehr tendenziell ein eurozentristisches Weltbild, in dem ‚westliche Werte‘ als universell gesetzt und globale Konflikte primär aus Sicht deutscher Sicherheitsinteressen bewertet werden. Die Betonung einer ‚nationalen Interessenvertretung‘ rückt Partikularinteressen des deutschen Staates in den Vordergrund und fördert damit ein Denken in nationalistischen Kategorien anstatt in grenzübergreifender, menschlicher Sicherheit und Solidarität. Dies steht einer emanzipatorischen Bildung entgegen, die globale Machtverhältnisse kritisch hinterfragen sollte.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass durch die Präsenz von Jugendoffizier\*innen aktuelle sicherheitspolitische Entwicklungen als alternativlose Sachzwänge dargestellt werden. Eine Pädagogik, die Aufrüstung als unumgänglich suggeriert, widerspricht dem Gebot der Kontroversität im Beutelsbacher Konsens. Dies wiegt besonders schwer, da sich Kinder und Jugendliche oftmals in einer Phase der politischen Orientierung befinden. In dieser Phase sind sie gegenüber Autoritätsfiguren im Kontext schulischer Bildung besonders vulnerabel und beeinflussbar.

Zudem kann angesichts aktueller politischer Rechtsradikalisierungstendenzen und der realen Gefahr eines Erstarkens antidemokratischer und faschistoider Kräfte innerhalb der vorwiegend europäischen NATO-Partnerstaaten sowie in Deutschland nicht ausgeschlossen werden, dass künftige personelle Umbesetzungen innerhalb des BMVg oder der BSFB zu einer ideologischen Neuausrichtung der Bundeswehr-Bildungsangebote führen.

Bildungseinrichtungen müssen Orte der kritischen Reflexion und Hinterfragung militärischer Logiken sein. Eine schleichende Militarisierung des Bildungssektors lehnen wir entschieden ab.

Hinweis: Teile des Textes wurden mit Hilfe von KI erstellt. Der Inhalt wurde vollständig auf seine Richtigkeit geprüft. Der Link zur Kooperationsvereinbarung ist [hier](#) auffindbar.

Veteranen Tag, Nein Danke!

Antragsteller\*in: Malte-André Schneider (LV Grüne Jugend Hamburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Inhaltliche Anträge

## Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Hamburg lehnt grundsätzlich die jährliche Begehung des
- 2 Nationalen Veteranentags am 15. Juni ab und ruft zu den Gegenprotesten am 15.
- 3 Juni 2026 in Hamburg auf.

## Begründung

„Es ist doch ein Wahnsinn: Wenn ich einen Menschen umbringe, bin ich ein Mörder, und wenn mir das befohlen wird, bin ich ein Held und bekomme einen Orden. Sich dem zu verweigern, sich niemals mehr von denen da oben dazu missbrauchen zu lassen, Menschen anderer Völker und sich selber umzubringen – das ist auch heute eine Hoffnung für das Leben und für den Frieden.“ (Der Wehrmachtsdeserteur Ludwid Baumann zum internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer am 15. Mai 2001, Gedenkstätte Buchenwald)

Der Nationale Veteranentag wurde am 15. Juni 2025 das erste Mal als bundesweiter Gedenktag begangen. Das Datum wurde gewählt, weil die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am 15. Juni 2019 auf dem Fliegerhorst in Faßberg erstmals das Veteranenabzeichen aushändigte. Laut der offiziellen Website hat der Tag folgende Funktion:

„Er würdigt die Leistungen aller ehemaligen und aktiven Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten und stärkt das Band zwischen ihnen und der Gesellschaft.“

Dieser Gedenktag trägt maßgeblich zur fortschreitenden Militarisierung der deutschen Gesellschaft bei. Ziel dieser Maßnahme ist es nicht nur, neue Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen, sondern die gesamte Bevölkerung im Sinne einer „Kriegstüchtigkeit“ zu erziehen und zu mobilisieren. Selbst die offizielle Seite räumt ein:

„Familie, Freundinnen und Freunde tragen oft im Hintergrund dazu bei, dass Dienst und Einsatz überhaupt erst möglich sind.“

Hinzu kommt, dass der Veteranentag Soldat\*innen als Held\*innen feiert. Damit trägt er zu einer gefährlichen Renaissance einer „Blut und Ehre“-Mentalität bei – also zu dem reaktionären Verständnis, dass es eine Pflicht oder Ehre sei, für sein Heimatland zu sterben oder sich aufzuopfern. Kriege sind jedoch unfassbar grausam und zerstören den menschlichen Verstand und Existenz in Gänze. Diese Art der Ausbeutung bedeutet in der Realität entweder den Tod oder massive körperliche und psychische Verletzungen. Viele Überlebende leiden unter schweren körperlichen Einschränkungen oder einer posttraumatischen Belastungsstörung. Wie verheerend die langfristigen psychischen Folgen des Militärdienstes sind, zeigen auch internationale wissenschaftliche Untersuchungen. So belegt eine Studie im Fachmagazin JAMA Network Open, dass das Suizidrisiko unter Veteranen im Vergleich zur nicht-militärischen Bevölkerung signifikant erhöht ist:

„[...] veteran risk as elevated relative to nonveterans [...]“

Es geht bei diesem Tag im Kern darum das Leid des Krieges hinter einem Heldenmythos zu verklären. Wofür sollen wir kriegsfähig werden? Die offizielle Antwort lautet, um die Interessen Deutschlands zu verteidigen. Konkreter betrachtet handelt es sich hierbei jedoch um die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen des Nationalstaates und seiner Unternehmen – Interessen, die im fundamentalen Widerspruch zu den Bedürfnissen der breiten Masse der Bevölkerung stehen.

Während fast alle internationalen Übereinkünfte des Völkerrechts und der Menschenrechte dem Frieden und der Abrüstung verpflichtet sind, widerspricht die Zelebrierung der Kombattant\*innen dem völlig und stärkt die Legitimation von Kriegen. Die Bevölkerung profitiert nicht davon Kriege zu führen, Menschen zu töten oder andere Länder zu zerstören. Der Veteranentag dient somit als Instrument, um einseitige Erzählungen zu stärken, Feindbilder zu schüren und das Sterben für den Staat gesellschaftlich noch anschlussfähiger zu machen.

Die Geschichte der internationalen Friedensbewegung und besonders der Kriegsdienstverweigerer\*innen bildet dazu einen fundamentalen Gegenentwurf. Kriege sind nur führbar, wenn Menschen sich dafür missbrauchen lassen. Aufklärung und internationale Solidarität im Kampf gegen die gemeinsame Unterdrückung sind der fundamentale Gegenentwurf zu Krieg und Zerstörung.

„Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ (Carl August Sandberg)

## V1 Keine Kürzungen im Sozialstaat!

Antragsteller\*in: Simon Schwarz (KV Hamburg-Nord)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Inhaltliche Anträge

### Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Hamburg möge beschließen,  
2 dass:

3 sich inhaltlich gegen die aktuell geplanten Einsparungen auf Bundesebene in der  
4 Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Eingliederungshilfe positioniert.

5 Die Bundesregierung plant mit Verbänden und den Ländern Kürzungen im  
6 Sozialstaat. Davon sind Menschen unter anderem in der Kinder- und Jugendhilfe,  
7 Alleinerziehende und in der Eingliederungshilfe betroffen. Ziel ist es,  
8 Milliarden von Euro einzusparen.

### Begründung

Eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene plant laut einem bekanntgewordenen Papier, die Einsparungen von Milliarden von Euro in der Eingliederungshilfe und in der Kinder- und Jugendhilfe. Und wie soll das erreicht werden?

Definition Eingliederungshilfe:

„Aufgabe der E. ist es, Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen, die der Menschenwürde entspricht, und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern. Ihre Leistungen sollen sie befähigen, ihre Lebensplanung und -führung möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich wahrnehmen zu können (§ 90 Abs. 1 SGB IX).“

Definition Kinder- und Jugendhilfe:

„Im Sozialgesetzbuch (SGB) VII geregelt. Dessen § 1 Abs. 1 bekräftigt das Recht jedes jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Jugendhilfe soll junge Menschen besonders in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern. Weiterhin soll sie dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Jugendhilfe soll Kinder und Jugendliche auch vor Gefahren für ihr Wohl schützen und dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen (§ 1 Abs. 3 SGB VIII).“

In der Eingliederungshilfe sollen die Grenzen für das Eigenvermögen und Einkommen gesenkt werden. Das heißt, Leistungsberechtigte, die sich ein kleines finanzielles Polster erspart haben oder ein „zu hohes“ Gehalt haben, sollen also zur Kasse gebeten werden, um Unterstützung zu erhalten. Die individuellen Unterstützungen in der Eingliederungshilfe sollen zu einer Hilfe für mehrere Menschen geändert werden, was in der Praxis zum Großteil nicht umsetzbar ist, da die Problemlagen sehr individuell sind. Die Fachkraftquote der Mitarbeitenden soll vorgegeben werden. Damit geht die Gefahr einher, dass die Qualität der Arbeit gesenkt wird. Des Weiteren kann es zu Vergütungskürzungen kommen, also Gehaltskürzungen.

Es gilt zu erwähnen, dass die Kosten für den Sozialstaat in der Eingliederungshilfe im Jahr 2024 28,7 Mrd. betragen. Die Kosten sind im vom Jahr 2023 auf 2024 um 12,9 % gestiegen. Gründe dafür sind unter anderem Inflation und mehr leistungsberechtigte Menschen.

Schlussendlich sind die Einsparungsmaßnahmen auf Kosten der leistungsberechtigten Menschen, die keine oder eine ineffizientere Eingliederungshilfe erhalten. Die Eingliederungshilfe hat zudem präventive und viele selbstbefähigende Ansätze, die dem Staat viel Geld sparen. Dadurch kann die Entstehung von psychischen Erkrankungen verhindert werden, kostenintensivere Hilfe wie betreutes Wohnen und stationäre Aufenthalte in Krankenhäusern vermieden werden, Verhinderung von Obdachlosigkeit und Straftaten. Diese Unterstützungsmaßnahmen können mit deutlich höheren Kosten verbunden sein.

In der Kinder- und Jugendhilfe soll es weniger individuelle und mehr ambulante Hilfe geben. Das bedeutet konkret, dass eine Familie nicht mehr bei ihrem Alltag durch einen Sozialarbeitenden unterstützt wird, sondern die Infrastruktur soll gewährleisten, dass beispielsweise morgens das Kind pünktlich, gepflegt und vorbereitet zur Kita kommt. Die Erzieher:innen und Sozialpädagogischen Assistent:innen sind dafür nicht ausgebildet. Die Schulbegleitung soll ohne Unterstützung der Eingliederungshilfe durch das System der Schule erbracht werden. In beiden Fällen sind die infrastrukturellen Gegebenheiten nicht gegeben. Die Kürzungen sollen ebenfalls beinhalten, die Betriebserlaubnis bei der Betreuung von Minderjährigen abzuschaffen.

Alle erwähnten Maßnahmen stellen eine Gefahr für das Wohl von Kindern und Jugendlichen dar. Die Verantwortung wird vom Sozialstaat in die familiären und die übriggebliebenen betreuenden Strukturen abgegeben. Dies widerspricht dem Sozialstaatsprinzip gemäß Art. 20 (1) GG.

Die geplanten Einsparungsmaßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Eingliederungshilfe widersprechen der UN-Behindertenkonvention und dem Bundesteilhabegesetz in Teilen.

## V2 „Franziska Brantner? – Nein Danke!“

Antragsteller\*in: Franz Florian Krause (KV Hamburg-Nord)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Inhaltliche Anträge

### Antragstext

- 1 Mitte Mai 2026 plädierte Franziska Brantner unter der Feindbildschürung von
- 2 Russland und China bei einer Ansprache im St. Antony's College der Universität
- 3 Oxford: Für die Verteidigung von „Freiheit und Demokratie“ gegen „Autokraten“
- 4 sei die atomare Aufrüstung der NATO-Staaten nötig.
- 5 Das widerspricht nicht nur dem geltenden Völkerrecht und dem aktuellen
- 6 Parteiprogramm der Grünen, sondern dem Prinzip der Menschlichkeit und ruft nach
- 7 unserem humanen Kontra.
- 8 Als Grüne Jugend Hamburg fordern wir, dass Deutschland dem
- 9 Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. Um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen,
- 10 gehen wir ins Gespräch mit dem Bundesvorstand der Grünen Jugend sowie mit dem
- 11 Hamburger Grünen Landesvorstand und Abgeordneten.

### Begründung

„Militärische Defensivverteidigung macht keinen Sinn, weil sie immer auf die Anwendung von Waffengewalt ausgerichtet ist und jedes Waffensystem immer auch offensiv eingesetzt werden kann. DIE GRÜNEN befürworten demgegenüber das Konzept der sozialen Verteidigung, das jede militärische Option ausschließt. Es ist an der Zeit, von der Abrüstung nicht nur zu reden, sondern mit ihr zu beginnen – in beiden Blöcken. Wir müssen vor der eigenen Haustür anfangen!“ (Aus dem Grünen-Bundestagswahlprogramm von 1987)

Die Existenz von Atomwaffen, welche verbunden ist mit der Drohung der sofortigen Auslöschung allen Lebens innerhalb weniger Minuten, hält die Menschheit seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki in Geiselhaft. Atomwaffen verhindern die vollumfängliche friedliche Koexistenz, Kooperation und Entwicklung der Völker und stellen somit einen Verstoß gegen das Grundgesetz, die Menschenrechte und das Völkerrecht dar. Am 27. Januar 2026 erreichte die Weltuntergangsuhr, welche die Wahrscheinlichkeit für einen Atomkrieg angibt, ihren bisherigen Spitzenwert mit 85 Sekunden vor 12.

2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag, vornehmlich erkämpft durch die Länder des globalen Südens, in Kraft. Bis heute haben 94 Staaten ihn unterzeichnet. Weiter erklärte Lateinamerika sich 2014 zur allgemeinen Friedenszone. Überall auf der Welt kehren verschiedene Völker der Logik von Gewalt und „Abschreckung“ den Rücken zu, schreiten mit diplomatischen Initiativen, Verständigung und dem Ausbau kooperativer Handlungsbeziehungen voran und lösen sich somit von der Vorherrschaft der USA.

Deutschland sowie alle Atommächte und fast alle NATO-Staaten haben den Atomwaffenverbotsvertrag bis heute nicht unterschrieben. Stattdessen kündigt die US-Regierung Abrüstungsabkommen auf oder lässt diese auslaufen. In Deutschland sind bereits – völkerrechtswidrig – US-Atomwaffen unter Aufsicht der Bundeswehr stationiert. Die Regierung Frankreichs hat angekündigt, ihr Atomwaffenarsenal aufzustocken und Deutschland hieran zu beteiligen; die Stationierung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen in Deutschland ist weiterhin im Gespräch und für die Bundeswehr sollen F35-Kampffjets angeschafft werden, welche in der Lage wären, die in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen abzuwerfen.

Im letzten Jahrhundert hat die internationale Friedensbewegung Schritte zur Abrüstung von Atomwaffen erkämpft, in Deutschland insbesondere die „Kampf dem Atomtod“-Bewegung in den 1950ern und die Proteste der 1980er Jahre gegen die Stationierung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen in Deutschland.

Auch der wichtigste Grundpfeiler der Grünen liegt in der Bewegung gegen Atomwaffen und die – als Hilfstechologie durch staatliche Förderung etablierte – Atomenergie. die Einschüchterung mit der angeblichen Notwendigkeit der Aufrüstung zur Abschreckung geht es damals wie heute um Frieden, internationale Solidarität und die friedliche Entwicklung der Völker auf Augenhöhe.